

der Mannigfaltigkeit der diversen Begriffsbestimmungen kommt man zum Schluß, daß nicht eine klare Linie, sondern ein Übergangsbereich Vollbeschäftigung von Arbeitslosigkeit einerseits und Überbeschäftigung anderseits trennt.³⁹ Verläßt eine Volkswirtschaft diese Zone, so führt dies zu Unstabilität. Inflation oder Deflation, negative soziale und politische Konsequenzen sind die Folgen.

In Liechtenstein liegt das Schwergewicht der Problematik auf der Überbeschäftigung und ist damit eng mit dem Preisstabilitätsproblem verbunden. Deshalb soll der quantitative Beschäftigungsaspekt zusammen mit der Geldwertstabilität abgehandelt werden.

Der zweite in dieser Studie zu beachtende Aspekt des Beschäftigungsproblems bildet der *demographische*. Das damit angeschnittene *Überfremdungsproblem* darf, wie der Schweizerische Bundesrat in seinem Bericht zum ersten Volksbegehren gegen die Überfremdung⁴⁰ betonte, nicht einfach als eine Funktion der Zahlen und eine Frage der Statistik betrachtet werden. Kulturelle, wirtschaftliche und moralische Faktoren gilt es dabei ebenso zu berücksichtigen wie nackte Zahlen. Unbestreitbarerweise hat jedes Volk außer seiner Unabhängigkeit auch ein geistiges, kulturelles und politisches Erbgut zu wahren, und es für die menschliche Gemeinschaft nutzbar zu machen.⁴¹

— *Unabhängigkeit:*

Eine Ordnung der Geltung und Würde des Menschen bedingt, daß die einzelnen Individuen und der Staat als solcher im Rahmen des Möglichen ihr Schicksal selbst zu bestimmen in der Lage sind. Grundlegende Voraussetzung dafür bildet die Unabhängigkeit.

Im Falle Liechtensteins dürfte es angebracht sein, nicht von der klassischen Unabhängigkeitsdefinition auszugehen, welche die Souveränität als «*summa potestas*» definiert, das heißt als «höchste, nach außen wie im innern selbständige, von keinem

³⁹ Weber W., *Theorie und Politik der Beschäftigung*, Wien 1954, S. 35. Die gleiche Ansicht vertritt u. a. Lerner A. P., *On Generalizing the General Theory*, in: *American Economic Review* 1/1960, besonders S. 140.

⁴⁰ Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren gegen die Überfremdung vom 29. Juni 1967, BBl. II 1967, S. 69 ff. besonders S. 87. Zum Problem der Überfremdung vgl. auch Willi V. J., *Überfremdung, Schlagwort oder bittere Wahrheit*, Bern 1970 sowie *Die Schweiz und die ausländischen Arbeitskräfte*, Dokumente einer öffentlichen Veranstaltung der Hochschule St. Gallen vom 12. und 13. März 1970 und die dort angegebene Literatur.

⁴¹ BBl. II 1967, S. 88.